Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4782, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5983, 5985, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 517. Mittwoch, 22. Oktober 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Deutsche Vertreter nach Washington.

Abreise Ende dieser Woche.

Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterschutzkonferenz in Washington haben sowohl von Regierungsseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weiter Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angängig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Beigeichung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzusehen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittelung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden.

Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinschaftlich mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober angesetzt worden war, voraussichtlich um einige Tage verschoben werden wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Anfang der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

Der Friedenstermin Foch anheimgegeben.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 21. Oktober.

Nach einer Havasnachricht schreibt das „Echo de Paris", der Oberste Rat habe beschlossen, dem Oberkommando der Verbündeten die Bestimmung des Datums anzuvertrauen, zu dem der Friedensvertrag in Kraft treten soll.

Zur Einberufung des Rates des Völkerbunds meldet der „Corriere della Sera" weiterhin, daß Paris als Ort der Zusammenkunft bestimmt wurde, obgleich die englische Delegation London vorgeschlagen hatte. Wenn Paris vorgezogen wurde, so geschah es hauptsächlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß einige Mitglieder gleichzeitig dem in Paris tagenden Obersten Rat angehören werden. In der Völkerbundsakte ist die Einberufung der ersten Versammlung und des ersten Rates durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgesehen. Da aber der Völkerbund noch der erfolgten Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland und drei Vertragsmächte in Kraft treten muß, hält sich der Oberste Rat für berechtigt, die Einberufung anzuordnen, ohne die Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten abzuwarten. Bei der Einladungsfrage ist ferner zu berücksichtigen, daß Wilson nicht in seiner Eigenschaft als Präsident der Vereinigten Staaten, sondern als Beauftragter des Bundes handeln würde.

Nach der gestrigen Sitzung des Führerrats soll Amerikas Vertreter, Polk, ersucht worden sein, durch Telegramm bei Wilson anzufragen, ob er oder der ihn vertretende Vizepräsident gewillt seien, die notwendige erste Sitzung des Rats des Völkerbunds schleunigst zusammenzuberufen.

Die Rückkehr der Gefangenen aus Frankreich.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hielt am Dienstag den Etat des Auswärtigen Amts weiter. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer empfahl die Entsendung einer Botschaft beim Vatikan. Der Sozialdemokrat Stücklen verlangte energisches Vorgehen zugunsten schleunigster Rückkehrung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Minister Müller teilte mit, daß ein Verbot der Eheschließung zwischen deutschen Diplomaten im Aus- und Auslandsdeutschen bisher nicht erfolgt sei. Die Sache werde aber geprüft werden. An der Unterhaltung guter Beziehungen zum päpstlichen Stuhl habe die Regierung das größte Interesse und werde in diesem Sinne handeln. Nach einer Meldung aus der Schweiz sei damit zu rechnen, daß bis Weihnachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgesandt werde.

Neue Zwangsmaßnahmen des Obersten Rats.

Reuter-Meldung.

Paris, 20. Oktober.

Der Ausschuß für Entwürfe unterbreitete dem Obersten Rat den Entwurf für ein Schreiben, in dem zum Zusammentritt des Völkerbundsrates in Paris unverzüglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages aufgefordert wird. Der Rat fordert von allen Ausschüssen der Konferenz Berichte bis zum 23. Oktober darüber, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchführung zu treffen.

Die Abgrenzung des Saargebiets.

to. Lugano, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Einbrüngung des unabkömmlichen Rats des Völkerbundes durch den Obersten Rat der Verbündeten richtet der „Corriere della Sera" aus Paris, einen Hauptanlaß hierzu habe die notwendige Ernennung von je drei sämtlichen Mitgliedern der Regierung und des Grenzausschusses für das Saargebiet gehört. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags hat die Grenzkommission innerhalb 14 Tagen nach Friedensschluß zu erfolgen. Dem gleichen Blatt zufolge wird der Austausch der Ratifikationspäckchen am Montag in Paris vor sich gehen.

Der frühere Kriegsminister Zupelli ist zum Oberhaupt der drei für Wien bestimmten Ausschüsse ernannt worden, welche die militärischen Klauseln des Friedensvertrages mit Oesterreich durchführen sollen.

Erleichterte Stellung von Verbandskommissionen.

Amsterdam, 21. Oktober. Dem Preßbureau Radio zufolge wird den „New York Times" und anderen amerikanischen Blättern aus Paris gemeldet, der Oberste Rat habe beschlossen, daß die Delegierten der Großmächte ohne Rücksicht darauf, ob ihre Regierungen ratifiziert haben oder nicht, den verschiedenen durch den Friedensvertrag mit Deutschland notwendig gewordenen Kommissionen angehören und über die diesen Kommissionen vorliegenden Fragen abstimmen können.

Die Auslieferungslisten.

Noch der Verbandspresse und nach den Meldungen, die aus dem neutralen Ausland zu uns gelangen, kann es einem Zweifel kaum mehr unterliegen, daß der Verband auf der im Friedensvertrag unter Zwang zustandegekommenen Auslieferung der von ihm genannten Persönlichkeiten besteht. Neuerdings fänden polnische Blätter, an, daß auch Polen Persönlichkeiten für die Auslieferung namhaft gemacht hat.

Wie wir in dieser Materie überhaupt auf das angewiesen sind, was die ausländische Presse schreibt, so ist auch hierüber amtlich nichts bekannt, ob und welche Persönlichkeiten die Polen für die Auslieferung namhaft gemacht haben. Aber die zuständigen Stellen geben uns auf Befragen bekannt, daß der Amnestievertrag, der zwischen Deutschland und Polen zustande gekommen ist, sich auch auf alle Vergehen oder vermeintlichen Vergehen bezieht, die während der Besetzungszeit in Kongreßpolen von Deutschen begangen sind oder begangen sein sollen. Der Amnestievertrag — darüber haben die Verhandlungen keinen Zweifel gelassen — schließt daher einen polnischen Anspruch auf Auslieferung von deutschen Persönlichkeiten zur Aburteilung schlechthin aus. kr.

Der Kampf um Petersburg.

Eigene Drahtmeldung.

J. Helsingfors, 21. Oktober.

Die russische Nordwest-Armee besetzte den Vorort Puliskowo südlich Petersburg; der Stab des Generals Judenitsch liegt in Karstoje Sjelo. Heftige Kämpfe zwischen der englischen Flotte und den Stellungen der Bolschewisten in Kronstadt und Krasnaja Gorka dauern an. Oranienbaum brennt. Die Bolschewisten halten noch die Bahnstrecke von Petersburg nach Wiborg in Richtung Pleskau machte die Weiße Armee Fortschritte. Die Bolschewisten zogen sich südlich des Peipussees unter Zurücklassung mehrerer hundert Gefangener hinter den Wolkjastluß zurück.

Nach einer Meldung aus Riga ist der lettische Bolschewist Stimpfen zurückgetreten; an seine Stelle trat Oberst Vallod, der bisher die lettische Front gegen die Bolschewisten befehligte. Zum künftigen Generalgouverneur von Petersburg wurde der General Wladimirow bestimmt.

In Kteilen, die der finnischen Regierung nahestehen, ist der Gedanke einer Teilnahme von finnischen Truppen am Feldzug gegen die Bolschewisten wiederum aufgetaucht. Man glaubt, daß die Regierung und die Mehrheit des finnischen Reichstages die Teilnahme gutheißen werden, falls von russischer Seite eine dringende Aufforderung in diesem Sinne an Finnland ergehen sollte. Im Zusammenhang damit wird auch von der bevorstehenden Rückkehr Mannerheims aus England gesprochen.

Die Verstärkungen für Judenitsch.

V. Kopenhagen, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Helsingfors berichtet wird, erwartet Judenitsch nächstens sein Vormarsch jenseits Pulkowa bis Glasen gerasten ist, Verstärkungen. 100 schwere Kanonen mit reichlicher Munition sollen bereits gestern eingetroffen sein. In russischen militärischen Kreisen wird die Stärkung des Vormarsches als unbezweifelt bezeichnet. Es sei nur eine Frage der Zeit, daß er fortgesetzt werde. Nach den letzten finnischen Meldungen scheint es sich zu bestätigen, daß Kronstadt noch nicht eingenommen worden ist. Es wird berichtet, daß dort völlige Ruhe herrscht und auf den Befestigungswerken keine weiße Fahne zu sehen ist. Am Krasnaja Gorka soll noch gekämpft werden. In Petersburg sollen am Sonnabend Unruhen revolutionären Charakters ausgebrochen sein.

Yudenitsch Antwort an die Engländer.

Reval, 19. Oktober. Auf den Funkspruch des ältesten englischen Seeoffiziers von Libau, in dem die Räumung von Dünamünde und Thorensberg seitens der russischen Truppen gefordert wurde, antwortete der Oberkommandierende der russischen Westarmee in einem Funkspruch, daß er nach erfolgter Sicherung einer strategischen Basis für eine Offensive gegen die Bolschewisten den Leiten bereits am 10. Oktober einen Waffenstillstand angeboten habe, und ersuchte um Unterstützung seiner dahingehenden Bemühungen. Weiter ersuchte er um Entsendung bevollmächtigter Vertreter zur Beratung geeigneter Maßnahmen, um unnützes Blutvergießen sofort zu beenden.

In einem weiteren Funkspruch an alle wendet sich der Oberst Awalow-Bermondt an die Völker der gesamten Welt mit der Bitte, unverzüglich auf die früheren Bundesgenossen Rußlands einzuwirken, denen er bereits seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt habe.

Räumung Budapests durch die Rumänen.

F. Wien, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Steinamanger wird berichtet: Die Rumänen haben gestern Ofen geräumt. Die Brückenköpfe werden durch englische und ungarische Truppen besetzt. Pest wird am 22. Oktober geräumt werden.

Die Kosten der Besatzungsarmee.

Die Rede des Reichsschatzministers.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, über die wir an anderer Stelle berichten, nahm bei der Beratung des Haushalts des Reichsschatzministeriums Reichsschatzminister Dr. Mayer das Wort zu folgenden Ausführungen, die wir zum Teil wörtlich wiedergeben:

Die gewaltigen Endzahlen des Etats des Reichsschatzministeriums, die sich auf 432 Millionen Mark im ordentlichen und 1,8 Milliarden Mark im außerordentlichen Etat beziffern, zeigen, daß dieses Ministerium zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium an der Spitze aller Zivilressorts steht. Noch dem Gründungserlaß sollte dem Reichsfinanzministerium eine dreifache Aufgabe gestellt sein: Verwaltung und Verwertung der entbehrlich gewordenen mobilen und immobilen Heeresgüter, zweitens Verwaltung der während des Krieges entstandenen großen industriellen Reichsunternehmungen und drittens die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften. Die Reichsbetriebe stellen solche dar, die teils reiner Reichsbesitz sind, teils in der Form von Anteilen dem Reiche gehören. Zu den Reichsunternehmungen gehören namentlich die Reichsunternehmungen der Stickstoffindustrie, der Aluminiumfabrikation und Elektrizitätswerke, darunter das größte Elektrizitätswerk der Welt. Von den Elektrizitätsgesellschaften gehören namentlich zahlreiche große Unternehmungen im Westen und Süden des Reiches sowie in Schlesien, dem Reiche. Im Haushaltsplan erscheinen diese Unternehmungen des Reiches nicht, weil sie in Gesellschaftsformen geleitet sind. Zu künftigen Etat aber sollen diese Unternehmungen ebenfalls aufgeführt werden. Das größte Aluminium produzierende Werk Bauxit ist in den letzten Monaten in einen reinen Reichsbetrieb umgewandelt worden. Was die Kontrolle der Kriegsgesellschaften betrifft, so infortiren die Kriegsgesellschaften nicht beim Reichsschatzministerium, sondern beim Reichswirtschaftsministerium. Auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser Kriegsgesellschaften hat das Reichsschatzministerium keinen Einfluß, auch auf ihre finanzielle Gebarung trifft dies zu. Wir haben nur ihre Buchführung zu prüfen und bei Abschluß größerer Finanzgeschäfte kontrollierend mitzuwirken. In Liquidation getretene Kriegsgesellschaften werden in das Reichsschatzministerium übergeführt. Die Reichstextilaktiengesellschaft ist bereits übergeführt worden. Bei dieser ist es gelungen, in den letzten 6 Monaten allein schon über 1 Milliarde Mark Werte abzusetzen. Was die Verwaltung und Verwertung der entbehrlich gewordenen mobilen und immobilen Heeresgüter anlangt, so haben wir diese Heeresgüter in wildester Unordnung übernommen ohne Kenntnis der Bestände, ohne jede Inventur, in stetem Kampf gegen Diebstahl und Unterschlagung. Heute kann festgestellt werden, daß die meisten Stellen, in denen mobiles Heeresgut lagert, fest in unserer Hand sind (Beifall), und daß fast eine vollständige Inventur durchgeführt worden ist, soweit Heeresgüter überhaupt noch vorhanden sind. Wen den veruntreuten Heeresgütern sind bis heute Werte im Betrage von 150 Millionen dem Reiche wieder zugeführt worden, den 400 Millionen ist zu hoffen, daß sie wieder erlangt werden können. Besonders wird darauf geachtet, daß nichts nach dem Auslande abgegeben wird, was wir im Inlande notwendig brauchen. Sicherlich werden bei dem ungeheuren Umfange der Demobilisation da und dort noch Veruntreuungen vorkommen, wir tun aber alles, um diese Veruntreuungen auf ein Minimum zurückzuführen. 96% aller Vorwürfe gegen das Reichsvertwertungsamt haben sich bei der Untersuchung als ergebnislos oder als falsche Noresen gerichtet ergeben. Der frühere Reichsfinanzminister Schiffer hat das mobile Heeresgut auf 3 Milliarden Mark geschätzt. Trotz der einengenden Bedingungen des Friedensvertrages ist es uns gelungen, bis heute 2 Milliarden Mark aus dem Heeresgut zu erlösen, 2,2 Milliarden in bar und Kriegsanleihe, der Rest wird alsbald eingehen (Beifall). Nach meiner Schätzung befinden sich an mobilem Heeresgerät in Deutschland noch etwa 2 Milliarden Mark, außer den Werten im Auslande, wie in Budapest, Odessa usw. Der Höhepunkt jedenfalls ist schon überschritten. Es ist zu hoffen, daß diese Verwertung mit Ende nächsten Jahres beendet sein wird. Wir werden dann das Verwertungsamt in Gesellschaftsform auflösen lassen. Die Verwertungsstelle für Automobile ist auf das Reichsverkehrsministerium übergegangen, drei Kraftverkehrsämter sollen zum 1. April aufgelöst werden. Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses vom 30. April sollen die bisherigen Heeres- und Marinegüter soweit irgend möglich fortgeführt und auf Friedensbetrieb umgestellt werden unter der Voraussetzung, daß sich diese Betriebe in absehbarer Zeit zu rentablen Betrieben entwickeln können. Das Reichsschatzministerium hat damit wohl die schwierigste Aufgabe übernommen, die in Deutschland auf industriellem Gebiete jemals gestellt worden ist. Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn man nach kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten an sie herantritt. Die Prüfung der Umstellbarkeit muß erstklassigen Kräften mit hervorragender Sachkunde anvertraut werden. Die Gebäude dieser Sachverständigen müssen denjenigen der Privatindustrie unbedingt angepaßt werden. Es ist erforderlich, daß diese Betriebe in Gesellschaftsformen gebracht werden. Das ist die Voraussetzung nicht nur einer rationellen und sparsamen Wirtschaft, sondern auch eine nationale Notwendigkeit, um eine Kontrolle durch Regierung und Nationalversammlung zu ermöglichen. Die Wirtschaftlichkeit eines derartigen Betriebes muß jederzeit festzustellen sein. Auch der Haushaltsplan fordert hierfür den Betrag von 5½ Millionen an. Das ist keine Forderung fonds perdu, sie stellt vielmehr eine Forderung der notwendigen Betriebsmittel dar, die später verzinst und amortisiert werden müssen. Diese Abteilungen des Reichsschatzministeriums werden dadurch die gewaltigsten Industrieunternehmungen werden, das größte Industrieunternehmen der Welt. Schon in normalen Zeiten war es außerordentlich schwer, derartige Betriebe umzustellen, alle Gebäude, Maschinen und Einrichtungen waren ganz einseitig einem bestimmten Zweck angepaßt. Bei den alten Heeresbetrieben war das verhältnismäßig leicht, bei den während des Krieges geschaffenen Anlagen ist es aber nicht zu verstehen, daß man nicht an die künftige Umstellung auf Friedensbetrieb gedacht hat. Bei den Neubauten sehen wir eine ungeheure Geldverschwendung, die Betriebe sind mit äußerstem Raffinement ausgebaut, wir finden zwischen den Bauten die schönsten Parkanlagen, die eine dauernde Belastung des Betriebes bilden müssen. Der erschwerendste Einseitigkeit der Betriebe steht nun noch die Einseitigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Erfahrung und Leistung gegenüber. Einseitig war die Kontrolle nur auf Qualität und Quantität gestellt, nirgends fand sich eine Vor- und Nachkalkulation. Diese Betriebe auf Friedensfabrikation umzustellen, ist eine ungeheure Aufgabe. Am einfachsten ist noch die Umstellung der Betriebszweige mit hüttenmännischem Charakter, wie die Gießereien, schwieriger ist es bei den Werkstätten mit Maschinenfabrikation, Feuerwerkslaboratorien usw., und am schwersten ist es bei den Pulverfabriken. Diese werden zum größten Teil der Aufschlachtung nicht entgehen können. Wie es mit der Umstellung der Werften werden wird, kann noch nicht gesagt werden. Das Verhältnis der Beamten und Angestellten über Zahl nach war bisher in diesen Betrieben anders, als wir es sonst gewohnt sind, wir finden ein Verhältnis von 1:4, während man in Friedensbetrieben mit einem Verhältnis von 1:10 zu rechnen gewöhnt ist. (Hört, hört!) Wir hatten im Kriege nicht weniger als 240 000 Arbeiter in diesen Betrieben, heute beträgt ihre Zahl noch 45 000. Mit weiteren Entlassungen wird zu rechnen sein. Für diese Personen soll nun möglichst weitgehend gesorgt werden, nicht nur nach Rechtsansprüchen, sondern auch nach Billigkeitsansprüchen. Vor jeder Neueinstellung eines Beamten soll geprüft werden, ob nicht ein vorhandener Beamter in diese Stelle einrücken kann. Im übrigen wird die Weiterbeschäftigung von Beamten nur auf Grund des Privatdienstvertrages erfolgen, da wir nach der Umformung der Betriebe in Gesellschaften nicht auch noch Beamte in diese Gesellschaften überführen können. Noch nicht angestellte Anwärter sollen möglichst ähnlich abgefunden werden wie die Kapitulanten. Gegebenenfalls wird eine Abfindung gezahlt werden. Die Heeres- und Marinebetriebe waren wir zum Teil gewungen unter Inanspruchnahme militärischer Hilfe zu schließen. Den Arbeitern wurde eröffnet, daß eine Fortführung der Betriebe nur unter äußerster Anspannung der Arbeitsleistungen möglich sei. Es ist auch gelungen, bei allen umgestellten Betrieben das Akkordsystem in weitestem Umfange einzuführen. (Beifall.) In Spandau hatten wir vor der Umstellung 60 000 Arbeiter, nach der Umstellung 4000 und jetzt wieder 11- bis 12 000. Um diesen geringen Arbeit zu schaffen, ist es nötig, Aufträge im Werte von 300 Millionen Mark jährlich zu erhalten. Das ursprüngliche Mißtrauen gegen diese Betriebe ist allmählich geschwunden, heute haben wir Aufträge von monatlich 25 000 Mark und mehr. Die Umstellung der Pulverfabrik Spandau macht besondere Schwierigkeiten, im übrigen haben wir ein Hüttenwerk mit Walzwerk und eine Metallwarenfabrik. Die Fabrikation umfaßt alle Zweige, von der Gewinnung des Rohseifens bis zum Fertigfabrikat. Darin liegt eine Gewähr für die Rentabilität. Zur Durchführung dieser Arbeit ist straffste Disziplin unbedingt erforderlich. Wir sind uns dessen bewußt, diese Reichsbetriebe sozialpolitisch zu vorbildlichen Betrieben auszugestalten, wir haben auch schon viel erreicht. Es wird ein wesentlich höherer Prozentsatz Kriegsbeschädigter dort eingestellt als in der Privatindustrie, in Spandau sind es nicht weniger als 11 Prozent. Eine Denkschrift über diese Verhältnisse ist in Vorbereitung. Diese Aufgaben des Reichsschatzministeriums werden durch einen neuen Erlaß ergänzt werden. Dadurch werden dem Reichsschatzministerium eine Reihe neuer Aufgaben erwachsen, indem ihm die Bauverwaltung, insbesondere die Militärbauten, zugeteilt werden sollen. Wir werden in Zukunft nur 100 000 Mann Miliär halten dürfen. Daraus ergibt sich, daß alles, was nicht unbedingt Uniform tragen muß in die Zivilverwaltung kommt. Dazu gehört namentlich die Versorgung des Heeres, die Proviantämter, Bekleidungsämter, Konservenfabriken, Schlächtereien, Bäckereien und die Belieferung des Heeres bis zum letzten Schemel in der Mannschaftsstube. Von den 24 Heeres- und Marinebekleidungsämtern sind bisher 14 stillgelegt worden, für die restlichen 10 ist bis zum 1. April gesetzlich Beschäftigung vorhanden, was dann mit ihnen geschieht, unterliegt derzeitiger Prüfung. Die dort beschäftigte Arbeiterschaft soll, wenn irgend möglich, weiter beschäftigt werden. Auf alle Fälle wird größere Rücksichtnahme geübt auf den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand. (Beifall.) Das Bekleidungsamt Hamburg-Bahrenfeld haben wir zunächst einer Arbeitergenossenschaft zum Weiterbetrieb übergeben. Ich hoffe, daß dieses Experiment gelingen wird. Die Bekleidungsämter haben wir der Abteilung 3 des Ministeriums unterstellt. Die Abteilung 2 erfordert als Großindustrieabteilung angesichts ihres enormen Umfanges einen besonderen Unterstaatssekretär und einen Ministerialdirektor, wenn auch im allgemeinen diese Forderung gegen die Regierung verstärkt, es ist aber nicht denkbar, diese Abteilung sonst ordnungsmäßig zu führen.

Eine besondere Regelung ist für das besetzte Gebiet vorgesehen, für welches drei Reichsbermögensämter in Landau in Pfalzing und Düsseldorf eingerichtet werden.

Der Unterhalt der Besatzungstruppen.

Zum Schlusse noch ein Wort zu denjenigen Etatpositionen, welche den Unterhalt der Besatzungstruppen im Westen betreffen. Aus den verschiedenen Positionen im außerordentlichen und im ordentlichen Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums ergibt sich, daß zur Durchführung dieser Aufgabe im Etat des Reichsschatzministeriums allein, auf das Jahr umgerechnet, ein Betrag von 1,2 Milliarden Mark angefordert ist. (Allseitige Rufe: Hört, hört!) Aus einer Zusammenstellung, die ich dem Haushaltsausschuß bei der Beratung dieser Materie gegeben habe, ergibt sich, daß außerdem als Entschädigung der Einwohner der besetzten Gebiete für die Requisitionen der Besatzungstruppe eine Summe aufzuwalten ist, die mit jährlich 1 Milliarde Mark sicherlich nicht zu gering veranschlagt ist. (Bewegung. Rufe: Hört, hört!) Diese Summe ist nicht aus dem Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums ersichtlich, sondern wird aus dem allgemeinen Finanzfonds bestritten, den das hohe Haus in Höhe von 16 Milliarden bewilligt hat. Außerdem ergibt sich aus jener Zusammenstellung, die ich dem Haushaltsausschuß zu unterbreiten die Ehre hatte, daß außer diesen Forderungen für den Bau von Wohnungen für Offiziersfamilien per sofort 100 Millionen Mark